

## Berliner Ernährungsfragen.

Vom Geheimen Regierungsrat Dr. Georg Reide,  
Bürgermeister von Berlin.

Berlin, im August.

So lächerlich es vielleicht im ersten Augenblick klingen mag: die Ernährungsfrage ist in Berlin zurzeit im Grunde eine Vertrauensfrage. Wohl gemerkt: nicht die Ernährung, aber die Ernährungsfrage. Denn was heißt Frage? Doch wohl: ob der Volkskörper die durch wiederholte Einschränkungen ihm neuerdings auferlegte Belastungsprobe weiter erträgt. Daß der Mensch in *st* *a* *n* *d* *e* ist, eine Zeitlang mit recht wenig auszukommen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Aber ob er es will, das ist die Frage und deren Beantwortung hängt einfach von dem Vertrauen nach oben und unten ab, von dem gegenseitigen Vertrauen, das Regierung und Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft sich zollen.

Es ist nun wohl hundert gegen eins zu wetten: die Bevölkerung wird aushalten wollen, wenn sie weiß, daß den schlechten Wochen so schnell als möglich wieder bessere folgen werden. Bessere können also nur erwartet werden, wenn das Vertrauen besteht, daß von oben her alles getan wird, um die vorhandenen Lebensmittel auch wirklich möglichst restlos der Bevölkerung zuzuführen. Daß Deutschland mit seiner alljährlich erneuerten Lebensmittelernte sich selbst erhalten *k* *a* *n* *n*, daß also eine Aushungerung unseres Volkes durch die Feinde nicht möglich ist, das weiß die Bevölkerung nachgerade, das haben diese vier Kriegsjahre sie gelehrt, und erfreulicherweise walteten im Reiche der Natur ausnahmslosere Gesetze, als wir Menschen sie uns zurechtmachen. Was sie aber nicht von vornherein weiß, ist, ob seitens der Regierung nicht bloß dem Willen nach — denn wer wollte an dem zweifeln? — sondern auch tatsächlich und zu jeder Zeit alles geschieht, um die Bevölkerung so gut als irgend angängig mit Lebensmitteln zu versorgen. Denn in diesen Beziehungen ändern sich die Voraussetzungen und damit auch die Anlässe zur Betätigung, fast möchte man sagen, von Woche zu Woche. Niemand mehr als die Kommunalverwaltungen, diese Mittler zwischen Regierung und Volk, wissen ein Lied davon zu singen.

Will man aber ernstlich die Versorgung mit einem Lebensmittel gewährleisten sehen, so bleibt trotz mancher Bedenken dagegen kein anderes Mittel als seine Erfassung, wenn es sein muß, seine rücksichtslose Erfassung. Denn diese allein ermöglicht eine wirklich gerechte Verteilung. Allerdings: nicht jedes Lebensmittel verträgt eine solche Erfassung, aber wo es angeht, muß sie einsehen, in erster Linie also bei den notwendigsten Nahrungsmitteln der breiten Massen: Brot, Kartoffeln, Fett und Fleisch.

Der Landwirtschaft kommt es natürlich verwunderlich an, ein solches Ansehen. Sie ist nicht daran gewöhnt, etwas abgeben zu *m* *ü* *s* *s* *e* *n*. Im Frieden ist jeder Bauer

auf seiner Scholle ein kleiner König. Der demokratische Zug unserer Zeit duldet aber solche kleine Könige nicht.

Eine beweiskräftigere Probe aufs Exempel als die Brotversorgung im Deutschen Reiche gibt es nicht, wo der Segen der möglichst restlosen Erfassung in den Erfahrungen, die wir nun schon dreieinhalb Jahre gemacht haben, auf der Hand liegt. Die Brotkarte, die von Berlin als der ersten deutschen Stadt in dunkeln Wintertagen des Jahres 1915, als man aufs Amt schon um die Zeit ging, da im Tiergarten noch die Nachtlaternen brannten, geboren wurde, ist bezüglich dieses allernotwendigsten Volksnahrungsmittels unser rettender Engel geworden und hat uns als solcher durch diese wahrlich nicht leichten Kriegsjahre treulich und sicher begleitet.

Wenn also die Erfassung das wichtigste ist, die naturgemäß nur von dem Staatsganzen für das Staatsganze ausgehen kann, so ist von vornherein klar, daß das entscheidende Moment nicht bei den Gemeinden, sondern bei den leitenden Stellen der Staatsregierung liegt.

Wie stehen nun zurzeit die Vertrauensaktien zu den leitenden Stellen in Berlin? Eines ist nicht zu leugnen: Berlin lebt heute, am Schlusse des vierten Kriegsjahres, fast schwerere Zeiten als je, und die Probe, auf die unsere Millionenbevölkerung in diesen Wochen gestellt wird, ist hart. Der Winter wurde ziemlich gut überstanden: die wenn auch mäßige, doch allenfalls ausreichende Brotration von 1950 Gramm Brot auf den Kopf, die gleichfalls nicht hohe, aber erträgliche Ration von 7 Pfund Kartoffeln wöchentlich und die recht schmale, aber als Auffrischung um so notwendiger wöchentliche Ration von 250 Gramm Fleisch — sie alle konnten unseren Ernährungsstand gerade aufrecht erhalten. Nun aber kamen rasch, zu rasch hintereinander die bedauerlichsten Kürzungen: die Brotverkürzung um 200 Gramm, die Herabsetzung der Kartoffelration auf 3, zuletzt 1 Pfund in der Woche und allerneuestens die bereits angekündigte und über uns schwebende Herabsetzung der Fleischration auf 200 Gramm nebst Einführung von vier fleischlosen Wochen im nächsten Vierteljahr! Das enge Zusammentreffen dieser drei Kürzungen mußte notgedrungen eine fast katastrophale Stimmung erzeugen, und die vielfach aufgelauchte Frage erscheint nicht unberechtigt, ob es taktisch richtig war, es auf ein solches Zusammentreffen ankommen zu lassen. Man mußte doch bereits lange vorher wissen, daß diese Dinge kommen würden — so wird dieser Politik entgegengehalten —, wäre es da nicht weiser gewesen, von langer Hand her mit einer weit bescheideneren Kürzung auszukommen? Die Gründe, die solchem Vorgehen entgegenstanden, sollen nicht verkannt werden: Die Hoffnungen, ohne diese Kürzungen auszukommen, waren bis in die letzte Zeit nicht unberechtigt; die Entwicklung der ukrainischen Verhältnisse in Hinsicht der Lebensmittelausfuhr war eine bittere Enttäuschung, die niemand voraussehen konnte; der unerwartet heiße und trockene Frühling brachte den Kartoffelmieten in weitestem Umfange ein Verderben,